Satzung

Kommunales Nachbarschaftsforum (KNF) e.V.

Entwurf, Stand 17. Juli 2019

Präambel

Die Berliner Bezirke sowie die brandenburgischen Landkreise, Städte, Gemeinden und Ämter im gemeinsamen Stadt-Umland-Raum kooperieren auf freiwilliger Basis seit vielen Jahren erfolgreich im Kommunalen Nachbarschaftsforum (KNF) Berlin-Brandenburg.

Die Mitglieder sind sich darin einig, das Prinzip der freiwilligen Mitwirkung sowie die Plattformfunktion des KNF in Verbindung mit dem informellen Informationsaustausch auch zukünftig beizubehalten. Zugleich wird angestrebt, sich in Abstimmung mit weiteren Partnern im Stadt-Umland-Zusammenhang mit eigenen Vorschlägen und Beiträgen stärker als bisher in die Fragen der Stadt-Umland-Entwicklung einzubringen.

Der Verein Kommunales Nachbarschaftsforum e.V. will die Zusammenarbeit der Kommunen und Gebietskörperschaften im Stadt-Umland-Zusammenhang intensivieren und so fachliche Beiträge für eine gemeinsame, abgestimmte und Ländergrenzen übergreifende Entwicklung leisten. Damit sollen langfristig tragfähige und den Bedürfnissen der beteiligten Partner entsprechende Entwicklungen eingeleitet und unterstützt werden. Der Verein versteht sich als Sprachrohr und Interessenvertreter ihrer Mitglieder und setzt auf ein partnerschaftliches Miteinander im Dialog mit Politik, Verwaltung und allen weiteren Partnern der stadtreionalen Entwicklung. Die rechtlichen Interessen und Zuständigkeiten der einzelnen Mitglieder sowie Beschlussfassungen der kommunalen Gebietskörperschaften bleiben von den Entscheidungen des Vereins unberührt.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

- (1) Der Verein führt den Namen "Kommunale Nachbarn Berlin und Brandenburg e.V. (KNBB)". Er besitzt die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und ist unter der Nummer im Vereinsregister eingetragen.
- (2) Sitz des Vereins ist
- (3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Ziel und Zweck des Vereins

- (1) Der Verein Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin und Brandenburg e.V. verfolgt folgende Ziele und Zwecke:
 - a. Informationsaustausch über aktuelle Planungsfragen in den beteiligten Gebietskörperschaften sowie Erörterung von Planungsthemen von gemeinsamem Interesse mit Fachverwaltungen, Entwicklungsgesellschaften, öffentlichen Planungsträgern und anderen,
 - b. Meinungsbildung über gemeinsame Leitvorstellungen und Interessen räumlicher Entwicklung und Formulierung entsprechender Positionen,
 - c. Erarbeitung gemeinsamer interkommunaler bzw. Ländergrenzen übergreifender Entwicklungskonzepte für den Gesamttraum oder Teilräume,

- d. Formulierung eigener Fachbeiträge und Lösungsvorschläge zu einzelnen Fragestellungen bzw. Teilräumen und Einbringen in die entsprechenden fachlichen Gremien,
 - e. Vorbereitung, Abstimmung und Umsetzung gemeinsamer Projekte,
 - f. Sprachrohr und Interessenvertretung der Mitglieder im Dialog mit Politik, Verwaltung und allen weiteren Partnern der stadtreionalen Entwicklung,
 - g. Ausgleich von und Vermittlung bei Interessengegensätzen,
 - h. Erbringung von Unterstützungsleistungen für die Vereinsmitglieder im Rahmen der Vereinsziele und –zwecke.
- (2) Der Verein verfolgt keine unmittelbaren wirtschaftlichen Zwecke.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin und Brandenburg e.V. können alle derzeitigen KNF-Mitglieder werden. Dazu gehören Berlin, die Berliner Bezirke, Brandenburger Landkreise, Städte, Gemeinden und Ämter im KNF-Raum (siehe Anlage Karte KNF-Raum). Die Mitgliedschaft ist freiwillig und kann gegenüber dem Vorstand erklärt werden. Es besteht eine Übergangszeit von zwei Jahren (bis 31. März 2022), in der die derzeitigen KNF-Mitglieder als assoziierte Mitglieder mitwirken können.
- (2) Weitere Kommunen und Gebietskörperschaften außerhalb des in der Anlage bezeichneten Raumes können die Aufnahme in den Verein Kommunale Nachbarn Berlin und Brandenburg e.V. beim Vorstand beantragen. Über die Aufnahme von Mitgliedern außerhalb des in der Anlage bezeichneten Raumes entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (3) Weitere Partner der regionalen Entwicklung wie die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg, die für Verkehr und Freiraum zuständige Senatsverwaltung im Land Berlin, das bzw. die für Infrastruktur, Stadtentwicklung, Landesplanung und Verkehr zuständige(n) Ministerium/Ministerien im Land Brandenburg, die Regionalen Planungsgemeinschaften im Land Brandenburg, die für den Raum zuständigen Industrie- und Handelskammern, der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, der Dachverband der Regionalparks e.V. etc. können assoziiertes Mitglied in dem Verein Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin und Brandenburg e.V. werden. Über die Aufnahme von assoziierten Mitgliedern entscheidet der Vorstand.
- (4) Der Vorstand kann weitere Partner, die die Vereinszwecke und –ziele unterstützen, zur Mitwirkung und Mitarbeit im Verein bzw. als assoziierte Mitglieder einladen.
- (5) Mit der Mitgliedschaft wird die Satzung und Beitragsordnung des Vereins anerkannt.
- (6) Alle Mitglieder benennen eine Person als ständige/n Vertreter/in, die/der das Mitglied vertritt. Sollte sich diese Person ändern, ist dem Vorstand der Wechsel der Vertreterin oder des Vertreters mitzuteilen.
- (7) Die Mitgliedschaft wird beendet durch
- a. Erklärung zum Austritt gegenüber dem Vorstand bis zum 30.9. eines Jahres mit Wirkung zum Ende des Kalenderjahres,
 - b. Ausschluss auf Beschluss der Mitgliederversammlung, wenn das Mitglied gegen die Ziele oder Interessen des Vereins oder gegen die Satzung in erheblichem Maße verstoßen hat oder wiederholt gegen diese verstößt.

§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt.
- (2) Assoziierte Mitglieder haben in der Mitgliederversammlung Rederecht und sind nicht stimmberechtigt.

- (3) Die Mitglieder können die Unterstützung des Vereins im Rahmen der unter § 2 Ziel und Zweck des Vereins benannten Aufgaben in Anspruch nehmen.
- (4) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Umsetzung der Zielsetzungen des Vereins nach Kräften zu fördern und dem Verein die für seine Arbeit notwendigen Informationen und Grundlagen zu übermitteln.
- (5) Zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge sind alle Mitglieder bis zum 31. März eines Jahres für das jeweilige Jahr verpflichtet. Freiwillige, projektbezogene Beiträge durch assoziierte Mitglieder sind möglich. Näheres regelt die von der Mitgliederversammlung zu beschließende Beitragsordnung.

§ 5 Organe des Vereins Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin und Brandenburg e.V.

- (1) Organe des Vereins Kommunales Nachbarschaftsforum Berlin und Brandenburg e.V. sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 6 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich auf Einladung des Vorstandes statt.
- (2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet auf Beschluss des Vorstandes oder auf Antrag von mindestens 1/5 der Mitglieder auf Einladung des Vorstandes statt.
- (3) Sowohl zu den ordentlichen als auch zu den außerordentlichen Mitgliederversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich per Email oder in Briefform unter Angabe der Tagesordnung einzuladen.
- (4) Anträge zur Mitgliederversammlung sind spätestens eine Woche vor dem Termin beim Vorstand in Textform einzureichen. Gültige Beschlüsse können nur zu Tagesordnungspunkten gefasst werden.
- (6) Jedes Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme. Sie wird von der/dem ständigen Vertreter/in, die/der das Mitglied vertritt abgegeben. Assoziierte Mitglieder haben in der Mitgliederversammlung Rederecht und sind nicht stimmberechtigt.
- (5) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde.
- (6) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Mitgliederversammlung erfolgen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen die Satzung oder die Beitragsordnung geändert, der Vorstand abberufen oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- (7) Die Versammlungsleitung der Mitgliederversammlung wird durch den Vorsitzenden des Vorstandes, im Falle dessen Verhinderung durch ein anderes Vorstandsmitglied wahrgenommen.
- (8) Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.
- (9) Die Mitgliederversammlung hat folgende Aufgaben:
 - a. Wahl oder Abberufung des Vorstandes
 - b. Beschluss über Satzungsänderungen
 - c. Festlegung der Beitragsordnung
 - d. Entlastung des Vorstandes
 - e. Beschluss zum jährlichen Arbeits- und Wirtschaftsplan
 - f. Beschluss zur Beteiligung und Mitwirkung in anderen Gremien
 - g. Beschluss zur Aufnahme zusätzlicher Mitglieder außerhalb des KNF-Raumes

- h. Beschluss über den Ausschluss von Mitgliedern
- i. Beschluss zur Auflösung des Vereins bzw. zur Verwendung des Vermögens.

§ 7 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens acht und maximal zwölf Personen. Im Vorstand sollen die Teilräume sowie Berliner und Brandenburger Partner möglichst gleichermaßen berücksichtigt werden.
- (2) Der/die Sprecher/in und stellvertretende Sprecher/in den vier teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften sind geborene Mitglieder des Vereins. Bis zu vier weitere Personen können auf der Mitgliederversammlung in den Vorstand gewählt werden.
- (3) Die KNF-Mitglieder nach § 3 Abs. 1, die während der Übergangszeit (bis zum 31. März 2022) als assoziierte Mitglieder im Verein mitwirken, können im Vorstand mitarbeiten bzw. von den teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften in den Vorstand entsandt werden.
- (4) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er bleibt bis zur Neuwahl eines Vorstandes im Amt. Scheidet ein Mitglied während der Amtsperiode aus, wählt die Mitgliederversammlung bei der nächsten ordentlichen Sitzung für den Rest der Amtsdauer ein Ersatzmitglied für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied.
- (5) Der Vorstand wählt aus seinem Kreis die/den erste/n Vorsitzende, die/den Stellvertreter/in, die/den Schatzmeister/in und die/den Schriftführer/in. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (6) Der Vorstand tritt mindestens viermal jährlich zusammen. Die Einladung ergeht unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von einer Woche durch die/den Vorsitzende/n. Die Beschlussfähigkeit des Vorstands ist gegeben, wenn mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Über die Vorstandssitzung ist von der/dem Schriftführer/in eine Niederschrift zu fertigen. Der Vorstand kann die assoziierten Mitglieder nach § 3 Abs. 3 einladen, im Vorstand mitzuarbeiten. Assoziierte Mitglieder sind jedoch nicht stimmberechtigt.
- (7) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Außenverhältnis.
- (8) Die/der Vorsitzende des Vereins ist allein vertretungsberechtigt, alle anderen Vorstandsmitglieder zu zweit.

§ 8 Geschäftsstelle / Geschäftsbesorger

- (1) Zur Unterstützung der Vereinsarbeit und zur Führung der laufenden Geschäfte kann der Vorstand eine Geschäftsstelle einrichten und/ oder einen Geschäftsbesorger bestellen.
- (2) Die Geschäftsstelle wird durch eine/n vom Vorstand bestellte/n Geschäftsführer/in geleitet.
- (3) Die Aufgaben der Geschäftsstelle werden in einem Geschäftsbesorgungsvertrag bzw. einem Dienstleistungsvertrag geregelt.

§ 9 Teilräumliche Arbeitsgemeinschaften, Anliegensgruppen und Jahreskonferenzen

- (1) Die inhaltliche und fachliche Zusammenarbeit des Vereins wird über die Mitgliederversammlung und Vorstand hinaus in den vier teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften AG Süd, AG West, AG Nord und AG Ost, in themenbezogenen Anliegensgruppen und auf den jährlichen Jahreskonferenzen geleistet.
- (2) Die Geschäftsstelle bzw. der Geschäftsbesorger unterstützt die teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften und die Anliegensgruppen in ihrer Arbeit und bereitet die Jahreskonferenzen vor und führt diese gemeinsam mit dem Vorstand durch.
- (3) Für die vier teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften AG Süd, AG West, AG Nord und AG Ost gilt:

- a. Die Zuordnung der Mitglieder zu den teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften wird von den Arbeitsgemeinschaften einvernehmlich für ihren Bereich festgelegt.
 - b. Die vier Arbeitsgemeinschaften werden jeweils durch eine/n Sprecher/in und eine/n stellvertretende/n Sprecher/in vertreten. Diese werden von den jeweiligen Mitgliedern der teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften gewählt. Hier sollen Berliner und Brandenburger Partner möglichst gleichermaßen berücksichtigt werden.
 - c. Der/die Sprecher/in und stellvertretende Sprecher/in der vier Arbeitsgemeinschaften werden von den vier Arbeitsgemeinschaften in den Vorstand des Vereins entsandt.
 - d. Assoziierte Mitglieder können in allen teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften mitwirken.
 - e. Jede Arbeitsgemeinschaft führt mindestens drei Sitzungen pro Jahr an verschiedenen Tagungsorten durch. In der Tagesordnung sollen neben der regelmäßigen, gegenseitigen Berichterstattung (Informationsaustausch) einzelne Themenschwerpunkte vertieft werden.
 - f. Die Arbeitsgemeinschaften können die im § 2 definierten Ziele und Zwecke des Vereins durch eigene Stellungnahmen und Beiträge untersetzen und dem Vorstand zur Beschlussfassung, Kenntnisnahme oder Empfehlung vorlegen.
 - g. Über die Mitglieder und assoziierten Mitglieder hinaus können und sollen Gäste oder Sachverständige zu den jeweiligen Themenschwerpunkten eingeladen werden.
- (4) Für die themenbezogenen Anliegensgruppen gilt:
- a. Themenbezogene Anliegensgruppen können auf Beschluss des Vorstandes gebildet werden und greifen teilraumübergreifende Fragestellungen und Herausforderungen auf.
 - b. Die Mitwirkung in den themenbezogenen Anliegensgruppen richtet sich an alle Mitglieder; sie ist freiwillig und interessengeleitet. Über die Mitglieder und assoziierten Mitglieder hinaus können Gäste oder Sachverständige zur dauerhaften Mitarbeit eingeladen werden.
 - c. Jede Anliegensgruppe wählt eine/n Sprecher/in aus ihrem Kreis, die/der die Anliegensgruppe nach außen vertritt.
 - d. Jede Anliegensgruppe vereinbart ein jährliches Arbeitsprogramm, führt dieses durch und ist dem Vorstand gegenüber rechenschaftspflichtig.
 - e. Die Anliegensgruppen können die im § 2 definierten Ziele und Zwecke des Vereins durch eigene Stellungnahmen und Beiträge untersetzen und dem Vorstand zur Beschlussfassung, Kenntnisnahme oder Empfehlung vorlegen.
- (5) Für die Jahreskonferenz gilt:
- a. Die Jahreskonferenz richtet sich an alle ordentlichen und assoziierten Mitglieder und hat eine große Außenwirkung zum Ziel. Sie soll dazu dienen, die Interessen und Ziele des Vereins der Fachöffentlichkeit und der Politik zu vermitteln.
 - b. Themen und Schwerpunkte der Jahreskonferenz werden in den teilräumlichen Arbeitsgemeinschaften sowie im Vorstand vereinbart.
- (6) Weitere Gremien und Arbeitsformate können durch den Vorstand vereinbart und eingesetzt werden.

§ 10 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur von der Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln aller Mitglieder beschlossen werden.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des

Vermögens fällt die Mitgliederversammlung. Vor Durchführung dieser Beschlüsse ist die Stellungnahme des Finanzamtes einzuholen.

§ 11 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung wurde am von der Mitgliederversammlung des Vereins Kommunales Nachbarnschaftsforum Berlin und Brandenburg e.V. beschlossen und tritt mit Registrierung beim zuständigen Amtsgericht in Kraft.